

Unternehmen liquidiert als neu gegründet.

Als Ursachen werden im Bericht insbesondere die striktere Kontrolle der Unternehmen mit Auslandskapital durch die Aufsichtsbehörden sowie Probleme der Unternehmen als Folge der Asienkrise genannt, die diese zum Rückzug aus China gezwungen hätten.

Dem Bericht zufolge handelte es sich bei den liquidierten Unternehmen zu einem großen Teil um sogenannte „falsche ausländische Teufel“ (*jia yang guizi*), die zu 100% durch Kapital aus China finanziert worden waren. Festlandchinesisches Kapital war zu diesem Zweck über Hongkong, die USA oder über andere Länder zurück nach China geleitet worden, um dann die Vergünstigungen eines Unternehmens mit Auslandskapital in Anspruch nehmen zu können. Oft wiesen diese Unternehmen keine tatsächliche Geschäftsaktivität auf.

Die hohe Zahl der Unternehmensliquidierungen führte dazu, daß die Gesamtzahl der Unternehmen mit Auslandskapital im letzten Jahr um 3,34% gegenüber 1997 auf 227.800 zurückging.

1998 gingen vor allem die Auslandsinvestitionen aus dem asiatischen Raum zurück. Dem Bericht zufolge investierte Japan lediglich 984 Mio. US\$ (-33,55%), Singapur 959 Mio. US\$ (-51%), Südkorea 501 Mio. US\$ (-46,07%) und Malaysia 115 Mio. US\$ (-55%). Diese Einbrüche konnten durch einen Anstieg der Investitionen aus Taiwan, den USA, Kanada und Deutschland teilweise kompensiert werden (keine näheren Angaben dazu). Allerdings gingen auch die Investitionen aus Großbritannien um 54,03% (448 Mio. US\$) und aus Frankreich um 73,64% (keine Angabe des Wertes) zurück.

Ende 1998 war Hongkong mit einem Anteil von 53,46% an den Projekten nach wie vor der wichtigste Investor, dann folgten Taiwan (12,13%), die USA (8,48%), Japan (6,36%), Südkorea (3,69%), Singapur (2,89%), Macau (2,19%) und Kanada (1,25%). (SCMP, 31.35.99)

Daß Auslandsinvestoren in China mit vielen Problemen konfrontiert sind, davon berichtet auch ein Artikel in der *South China Morning Post* vom

3.5.99, der sich auf Vorträge auf dem China Business Summit bezieht. Anstatt für ausländische Unternehmen neue Partner in China zu suchen, seien Beratungsunternehmen derzeit stärker mit der Liquidierung bestehender Joint Venture-Unternehmen beschäftigt. Nur Rechtsanwälte wiesen eine Boomphase auf, da sie verstärkt in Rechtsstreitigkeiten von Joint Venture-Unternehmen vermitteln und den rechtlichen Rahmen für die großen Infrastrukturprojekte entwerfen müßten. Daneben sei die Nachfrage nach Buchprüfern gestiegen, die von Auslandsunternehmen zur Bewertung der Bilanzen möglicher chinesischer Partner benötigt würden.

Für viele multinationale Unternehmen, die in den 80er Jahren nach China gegangen sind, ständen nunmehr Entscheidungen über eine mögliche Schließung von Unternehmen an, wenn diese keine Gewinnaussichten böten. Der Druck auf die Manager von Gemeinschaftsunternehmen, Gewinne vorzuweisen, sei enorm gestiegen im letzten Jahr. Ein Schritt auf diesem Weg stellt die Kostenreduzierung dar, insbesondere von Personalkosten für ausländische Manager. -schü-

Binnenwirtschaft

16 Standardisierung des öffentlichen Vergabewesens

Um die Produktionskosten zu senken, will die Regierung bei der Vergabe von Aufträgen der staatseigenen Unternehmen eine Standardisierung der Auftragsvergabe einführen. (Siehe auch die Übersicht „Staatsunternehmen weisen erstmals seit drei Jahren Nettogewinne auf“ in *China aktuell*, April 1999, S.342) Nach Aussage von Zheng Silin, stellvertretender Minister der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission, soll diese Entscheidung die Reform der staatseigenen Unternehmen unterstützen und dazu beitragen, ihre Effizienzprobleme zu lösen.

Verschiedene Provinzen, darunter Shandong, Hebei und Fujian, sol-

len bereits erste Erfahrungen mit der Standardisierung der öffentlichen Auftragsvergabe gemacht haben. Beispielsweise sollen in Shandong im letzten Jahr 65 Staatsunternehmen das System eingeführt und damit ihre Produktionskosten um 2,03 Mrd. Yuan - einem Wert, der 47% ihrer Gewinne entspricht - reduziert haben. (XNA, 16.5.99)

Die vorläufigen Bestimmungen zur öffentlichen Auftragsvergabe, die kürzlich vom Finanzministerium herausgegeben wurden, dienen als Rahmenrichtlinie und umfassen auch internationale Normen. Sie sollen dem Ziel dienen, ein offenes und faires System der öffentlichen Auftragsvergabe aufzubauen. Mittelfristig will China den Markt für öffentliche Aufträge im Rahmen des WTO-Beitritts sowie gegenüber den Mitgliedern der APEC öffnen. Die vorläufigen vom Finanzministerium veröffentlichten Richtlinien können entsprechend den lokalen Bedingungen durch Bestimmungen von Lokalregierungen ergänzt werden. (XNA, 27.5.99)

Die Beijinger Lokalregierung hat Bestimmungen über die öffentliche Auftragsvergabe entworfen, die zum 1. Juni 1999 in Kraft treten werden. Die Bestimmungen beziehen sich auf Fragen der öffentlichen Ausschreibung, Überwachung der Ausschreibung, rechtliche Verbindlichkeiten der Bieter und Verkäufer etc. Auf der Liste für öffentliche Ausschreibungen sollen beispielsweise Fahrzeuge, Motorräder und Personalcomputer stehen. Weiterhin sind auf der Liste Ausrüstungen mit einem Stückpreis von über 100.000 Yuan, Ausschreibungen über Arbeitsdienstleistungen, öffentliche Infrastruktur, Fahrzeugwartung und jeder sonstige Kauf mit einem Wert von über 300.000 Yuan aufgeführt. (XNA, 27.5.99) -schü-

17 Abwicklung uneinbringlicher Kredite durch Vermögensverwaltungsgesellschaften

Um das Vertrauen in das chinesische Bankensystem bei den Einlegern und ausländischen Investoren zu stärken, wurde im letzten Jahr mit der Rekapitalisierung der Banken begonnen. Ziel dabei ist es, die Eigenkapitalquote der

Banken auf internationale Standards von rd. 8% anzuheben. Daß dieses Ziel erst mittelfristig erreicht werden kann, darauf wies David Beers, geschäftsführender Direktor für die Bewertung von Länderrisiken bei der Bewertungsagentur Standard & Poor's, im Mai d.J. hin. Die Rekapitalisierung des chinesischen Bankensektors, so Beers, würde ein Volumen zwischen 35% und 70% des Bruttoinlandsprodukt Chinas erfordern. (ASWJ, 18.5.99)

Neben der Rekapitalisierung über die Emission von Staatsanleihen soll die Gründung von Auffangesellschaften für uneinbringliche Kredite der Staatsunternehmen die Banken entlasten. Liu Mingkang, stellvertretender Zentralbankpräsident, kündigte im Mai die Gründung von drei weiteren Vermögensverwaltungsgesellschaften (Asset Management Companies = AMC) innerhalb der nächsten drei Monate an. Diese Unternehmen sollen die uneinbringlichen Kredite der Unternehmen in handelbare Wertpapiere umwandeln und verkaufen.

Dem ersten am 20.4.99 gegründeten Unternehmen zur Verwaltung von Vermögenswerten, der China Cinda Asset Management, ist die Aufgabe übertragen worden, uneinbringliche Forderungen der Staatsbanken bei der China Construction Bank in Höhe 200 Mrd. Yuan zu übernehmen. Die drei übrigen noch zu gründenden Unternehmen sollen jeweils für die Abwicklung der uneinbringlichen Forderungen der Bank of China, der Agricultural Bank of China und der Industrial and Commercial Bank of China verantwortlich sein.

Um erfolgreich die Umstrukturierung und den Verkauf der uneinbringlichen Forderungen der China Construction Bank durchführen zu können, will sich Cinda um die Hilfestellung ausländischer Investmentbanken mit Finanz- und Managementenerfahrungen in diesem Bereich bemühen. Cinda soll die ausstehenden Kredite in handelbare Wertpapiere umwandeln und dann an in- und ausländische Investoren zu einem Abschlag verkaufen. (SCMP, 5.5.99; XNA, 13.5.99)

Nach Angaben von Liu Mingkang ist die Regierung bereit, für die Gründung der vier Vermögensverwaltungsunternehmen insgesamt rd. 40 Mrd. Yuan bereitzustellen. Cinda soll be-

reits 10 Mrd. Yuan als registriertes Kapital vom Finanzministerium erhalten haben. (SCMP, 13.5.99) Der Präsident von Cinda, Zhu Dengshan, wies Befürchtungen zurück, daß es sich bei der Anlagen um „junk“-Papiere handeln werde, also um Papiere mit einem hohen Risiko. (SCMP, 20.5.99)

Für Mai plant Cinda eine Emission von Wertpapieren mit einer Laufzeit von 20 Jahren. Die Garantie für die Einlösung der Papiere werde durch das Finanzministerium übernommen. Um Anreize für den Kauf dieser Papiere zu setzen, sollen diese mit einem höheren Zinssatz als die Staatsanleihen versehen werden. (SCMP, 26.5.99)

Ausländische Finanzanalysten sind bei der Einschätzung dieser Vermögensverwaltungsunternehmen als Auffangesellschaften für faule Kredite noch unsicher, da es sich erst herausstellen müsse, ob diese tatsächlich zur Lösung des Problems der uneinbringlichen Schulden beitragen könnten. Fraglich sei, wer diese Schulden bzw. handelbaren Wertpapiere kaufen wird. Im Unterschied zur Resolution Trust Corporation in den USA, die Vorbild für die Vermögensverwaltungsunternehmen in China ist, würden nichtimmobilienbezogene Kredite umstrukturiert, die noch einen bestimmten Wert hätten. Die Preisgestaltung könne sich als problematisch erweisen, da die in Wertpapiere umstrukturierten Kredite einen Abschlag anbieten müßten, um ihren tatsächlichen Wert widerzuspiegeln. Weiterhin berge die Gründung von separaten Vermögensverwaltungsunternehmen für die vier großen Staatsbanken anstatt einer einzigen Gesellschaft die Gefahr, daß diese nicht unabhängig von den Banken agieren könnten. (AWSJ, 3.5.99; FT, 5.5.99)

Als Folge der Umwandlung von Schulden der Staatsunternehmen in handelbare Wertpapiere muß jedoch nach Einschätzung der *Financial Times* vom 18.5.99 auch mit Veränderungen in der Eigentumsstruktur gerechnet werden. Mit einer größeren Streuung der Anteilsrechte am Unternehmen werde die staatliche Kontrolle reduziert werden. -schü-

18 Ländliche Kreditgenossenschaften in der Krise

Die *China Economic Times* wies in einem Bericht Anfang Mai auf die Krise der ländlichen Kreditgenossenschaften hin. Diese Finanzinstitute seien als Folge schwachen Managements und eines unzureichenden rechtlichen Rahmens technisch gesehen bankrott. Mit Einlagen in Höhe von 1,22 Billionen Yuan Ende 1998 sehe dieser Finanzsektor zwar nach außen hin sehr stark aus, tatsächlich jedoch seien viele Kreditgenossenschaften zu klein und wiesen eine zu niedrige Eigenkapitalquote auf.

Dem Bericht nach wiesen viele Kreditgenossenschaften hohe Verluste auf, insbesondere als Folge der Inanspruchnahme von Finanzmitteln durch die staatseigene Agricultural Bank of China. Dieser waren die Kreditgenossenschaften bis Ende 1996 unterstellt, danach fielen die Kreditgenossenschaften unter die direkte Kontrolle durch die Zentralbank. Die Agricultural Bank of China soll Finanzmittel und anderes Eigentum der Kreditgenossenschaften als ihr eigenes betrachtet und genutzt haben, und noch heute sollen daraus resultierend viele Streitigkeiten bestehen.

Die ländlichen Kreditgenossenschaften waren 1949 gegründet worden, um die Ersparnisse in der ländlichen Region zu absorbieren und Kredite an Bauern und nichtlandwirtschaftliche Unternehmen zu vergeben. Ende letzten Jahres entfielen auf die ländlichen Kreditgenossenschaften 12,7% der gesamten Einlagen der Finanzinstitute; das Volumen der offenen Kredite belief sich auf 834 Mrd. Yuan.

Die Wettbewerbssituation für die Kreditgenossenschaften hat sich in den letzten Jahren erheblich verschärft, da viele illegale ländliche Finanzinstitute mit hohen Zinssätzen für Einlagen den Zustrom von Finanzmitteln in die Kreditgenossenschaften reduzierten. Weiterhin trugen die Aktivitäten der staatseigenen Banken und der Postsparkassen dazu bei, daß mehr Einlagen in die Städte abflossen.

Um die Handlungsspielräume der Kreditgenossenschaften abzusichern, sollen rechtliche Bestimmungen erlassen und ihre Entwicklung durch Zuwei-

sung von Mitteln und durch steuerliche Vergünstigungen gefördert werden. (SCMP, 5.5.99)

Die Zentralbank kündigte Ende Mai an, den Kreditgenossenschaften zusätzliche Kreditmittel in Höhe von 15 Mrd. Yuan zur Verfügung zu stellen, um die Kreditangebote für die ländliche Bevölkerung auszuweiten. Die Niederlassungen der Zentralbanken sollen für die Vergabe der Kredite an die Kreditgenossenschaften verantwortlich sein und die Kreditvergabe überwachen. (SCMP, 27.5.99; XNA, 28.5.99) -schü-

19 Fortschritte bei der Wohnungsreform

Nach Angaben von Liu Zhifeng, stellvertretender Bauminister, hat die Reform des Wohnungswesens in den letzten Monaten Fortschritte gemacht. Hierzu zählt nach Liu, daß Pläne zur Reform des Wohnungswesens in 24 Provinzen, autonomen Regionen und regierungsunmittelbaren Städten existierten und im ersten Halbjahr 1999 in den 35 großen und mittelgroßen Städten vorgelegt wurden.

Im Juli 1998 hatte der Staatsrat ein Rundschreiben veröffentlicht, in dem zu einer Verstärkung der Wohnungsreform in den Städten und zur Beschleunigung des Wohnungsbaus aufgerufen worden war. Das Rundschreiben hatte gefordert, die Verteilung von Wohnungen als Sachleistungen in der zweiten Jahreshälfte zu beenden und schrittweise eine Kommerzialisierung im Wohnungswesen einzuführen. Da die lokalen Rahmenbedingungen sehr unterschiedlich sind, wurden zwar einheitliche Politikziele vorgegeben, bei der konkreten Umsetzung jedoch Variationsmöglichkeiten eingeräumt. Auf dieser Basis und über Experimente in Pilotstädten hat sich die Reform Liu zufolge seit Mitte 1998 entwickelt und befindet sich nunmehr in einer Phase der allgemeinen Umsetzung. Die Provinzen Guangxi, Jiangsu, Hebei und Hunan haben nach Angaben von Liu umfassende Untersuchungen über die Wohnungssituation und Karteien über die von Arbeitern und Angestellten bewohnten Häuser erstellt. Andere Provinzen wie Guangdong und Anhui sowie ebenfalls Jiangsu haben bereits über standardisierte Methoden

für den Verkauf der im öffentlichen Eigentum befindlichen Häuser durch Arbeiter und Angestellte entschieden. In Shandong, Tianjin und Guangzhou wurde mit der versuchsweisen Verpachtung von Wohnungen zu niedrigen Mieten begonnen.

Bei den bestehenden Wohnungen im öffentlichen Eigentum werden die Reformen nach Angaben von Liu ebenfalls fortgesetzt. Beispielsweise hat die Stadt Guiyang die Mieten für diese Wohnungen auf 8 Yuan/m² erhöht, so daß nunmehr ein kostendeckendes Mietniveau erreicht ist. Beim Verkauf von Wohnungen im öffentlichen Eigentum sollen bisherige Präferenzen aufgehoben worden sein, um allgemeine Verkaufsstandards in die Praxis umsetzen zu können. (SWB FE W/0590/CNS, 26.5.99)

Um die Entwicklung des Wohnungsmarktes zu fördern, wurden Anfang Mai außerdem neue Bestimmungen für den privaten Weiterverkauf von Wohnungen im öffentlichen Eigentum bekanntgegeben. Seit Ende 1998 konnten die staatlichen Angestellten, die von ihnen benutzten Wohnungen mit eigenen Finanzmitteln, mit Hilfe öffentlicher Wohnungsfonds, Hypothekenkrediten und manchmal sogar mit staatlichen Subventionen kaufen. Allerdings war es den Wohnungseigentümern bisher nicht erlaubt (bzw. erst nach einer langen Wartezeit), ihre Wohnungen wieder zu verkaufen. Anfang Mai wurden nunmehr Bestimmungen zum Wiederverkauf vormals öffentlicher Wohnungen vom Bauministerium vorgelegt. Der freie Transfer von Wohnungen im öffentlichen Eigentum ist danach in den Städten und Kreisen erlaubt, die eine Untersuchung der örtlichen Wohnungsmarktbedingungen vorgenommen haben. Die Lokalregierungen müssen außerdem Maßnahmen gegen illegale Praktiken und Verstöße eingeleitet und Regeln in Übereinstimmung mit den zentralstaatlichen Politikvorstellungen erlassen haben. Der Preis beim Wiederverkauf kann zwischen Verkäufer und Käufer frei ausgehandelt werden, muß jedoch als Endpreis den lokalen Abteilungen für Immobilienverwaltung zur Überprüfung vorgelegt werden. Weiterhin müssen die Verkäufer von Wohnungen eine Steuer auf den Verkaufswert der Wohnungen zahlen. (XNA, 7.5.99)

Der Sekundärmarkt für Wohnungen war bisher aufgrund der restriktiven Bestimmungen stark unterentwickelt. In Shanghai, der Stadt mit dem am stärksten entwickelten Immobilienmarkt, betrug der Anteil des Sekundärmarktes nur 25% des gesamten Immobilienumsatzes im letzten Jahr; in Guangzhou lag dieser Anteil bei lediglich 6%.

Mit der Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen für den Wiederverkauf wird sich auch der Anteil des Sekundärmarktes am Immobilienumsatz erhöhen. Allerdings müssen auch die noch bestehenden bürokratischen und rechtlichen Hürden überwunden werden, die einen relativ zügigen Wiederverkauf behindern. Hierzu zählt u.a., daß der Transfer des Eigentumstitels beim Wiederverkauf oftmals mehrere Monate dauert. (SCMP, 1.6.99)

Für die Ausweitung des Immobilienmarktes bestehen nach Einschätzung inländischer Experten gute Bedingungen. Neben der Öffnung des Sekundärmarktes werden vor allem positive Erwartungen an die Einführung des öffentlichen Wohnungsfonds sowie von Hypothekenkrediten gestellt. Im 1. Quartal d.J. wurden insgesamt 41,3 Mrd. Yuan in den Immobiliensektor investiert, ein Anstieg um 19,4% gegenüber der Vorjahresperiode. Die für die Grundstücksentwicklung genutzte Landfläche belief sich auf 7,42 Mio. m², das waren 93% mehr als in der Vergleichsperiode. Auf den Wohnungsbau entfielen mit 66% noch der Hauptanteil der Investitionen. (XNA, 24.5.99) -schü-

20 Probleme mit Migranten

Nach einem Bericht der *South China Morning Post* vom 6.5.99 soll in Beijing die Zahl der Migranten in einer zweistufigen Kampagne um rd. 300.000 reduziert werden. Insgesamt leben bereits 2,8 Mio. Migranten in Beijing, davon sind rd. 1,8 Mio. Arbeiter. Die erste Phase, die Anfang d.J. begann und Ende Juni enden wird, konzentriert sich auf die Wohnungen der Migranten. Die zweite Phase der Kampagne beginnt im Sommer und soll bis Ende September fortgesetzt werden, um noch vor dem 50. Geburtstag der Gründung der VR China

einen Großteil der unerwünschten Migranten zum Verlassen der Hauptstadt zu bewegen. Insgesamt sollen sich rd. 400.000 unerwünschte Migranten ohne Aufenthaltsgenehmigung, ohne legale Wohnung oder ohne Beschäftigung in Beijing aufhalten.

Da es in Beijing gegen die Gesetze verstößt, an (illegale) Migranten Wohnungen zu vermieten, haben viele Migranten Notbehelfe gebaut oder sind in Slums vor der Stadt untergekommen. Indem diese illegalen Unterkünfte zerstört werden, hofft die Polizei, daß der Druck auf die Migranten zur Rückkehr in die Heimatorte ihrer Provinzen zunehmen wird. In einigen Wohngebieten, die besonders von Migranten bevorzugt werden, soll die Polizei bereits dreimal pro Woche eine Razzia veranstaltet haben. (SCMP, 6.6.99)

In einem Bericht in der *China Township Enterprises Daily* wird auf das bisher nur unzureichend genutzte Potential der Migranten als Konsumenten dagegen hingewiesen. Statistiken nach gebe es rd. 70 Mio. Migrationsarbeiter, die damit ein Zehntel der Gesamtbeschäftigten stellen. Die Hälfte dieser Arbeiter lebte 1998 länger als sechs Monate in den Städten. Ihr Gesamtverdienst habe rd. 220 Mrd. Yuan betragen, im Durchschnitt also 6.206 Yuan pro Kopf. Während diese Arbeiter ein verfügbares Einkommen von 2.500 Yuan besäßen, konsumierten sie nur 1.250 Yuan im Durchschnitt und damit 775 Yuan weniger als Städter. Das Marktpotential dieser Konsumentengruppe belaufe sich auf 55 Mrd. Yuan. (XNA, 12.5.99) -schü-

21 „Trendwende bei der Reform der Staatsunternehmen in Liaoning erst in sechs Jahren“

Auf dem 15. Parteitag der KPCh im September 1997 hatte Ministerpräsident Zhu Rongji deutliche Fortschritte bei der Reform der Staatsunternehmen innerhalb von drei Jahren angekündigt. Daß die Reformfortschritte regional sehr unterschiedlich ausfallen werden, darauf wies Wen Shizhen, Parteisekretär der KPCh in der Provinz Liaoning, Ende Mai hin. Wen zufolge wird eine Kehrtwende bei der Umwandlung der staatseigenen Ver-

lustunternehmen Liaonings höchstens innerhalb von sechs Jahren möglich sein. Wen wies ferner darauf hin, daß der 15. Parteitag nicht festgelegt habe, daß alle staatseigenen Unternehmen in drei Jahren profitabel werden müßten, sondern nur, daß eine Mehrheit ihre Verluste innerhalb dieses Zeitraumes in Gewinne umwandeln sollte.

Für Liaoning waren Staatsunternehmen Wen Shizhen zufolge von zentraler Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg der Provinz. Für China insgesamt war eine starke industrielle Basis ebenfalls wichtig. Nach Angaben von Wen entfielen auf die 60 größten staatseigenen Unternehmen früher zusammen rd. 60% der Vermögenswerte, sie trugen mit 70% zu den Gewinnen sowie mit 80% zu den Steuern bei. Nun würden jedoch viele dieser Unternehmen hohe Schulden aufweisen. Als Erklärung für die kritische Situation der Staatsunternehmen in Liaoning, die eng in das staatliche Planungssystem eingebunden waren, ohne von der Zentralregierung ausreichende Mittel zur Modernisierung zu erhalten, verglich Wen die Provinz mit dem ältesten Sohn einer Familie. Dieser habe seine Schulausbildung zugunsten der Entwicklung der jüngeren Brüder und Schwestern zurückgestellt. Nachdem diese nun reich und unabhängig geworden seien, habe der älteste Bruder niemanden, der ihn unterstützen würde, und er sei auf sich selbst angewiesen.

Um die freiwerdenden Arbeitskräfte aus dem Staatssektor absorbieren zu können, hat Liaoning in den letzten Jahren den Tertiärsektor, insbesondere Dienstleistungen und Einzelhandel, besonderes gefördert. Auch durch die anstehende Reduzierung der Verwaltung werden in Liaoning Arbeitskräfte in größerem Umfang freigesetzt werden. Allerdings, so Wen Shizhen, werde der Umfang der Entlassungen voraussichtlich regional sehr unterschiedlich ausfallen. Wie genau die Umsetzung der Pläne zur Verschlinkung der Bürokratie Liaonings in die Praxis umgesetzt werden sollen, wird Wen zufolge erst im 3. Quartal d.J. entschieden werden. (SCMP, 26.5.99)

Obwohl für die Überwindung der strukturellen Probleme der staatseigenen Industrie in Liaoning sicherlich ein längerer Zeitraum als in ande-

ren Provinzen angesetzt werden muß, insbesondere aufgrund der Dominanz dieser Unternehmen in allen Bereichen, gibt es jedoch auch dort bereits durchaus Reformfolge. Hierzu zählt, daß inzwischen die leitenden Angestellten der Staatsbetriebe nicht mehr wie früher ernannt, sondern über Stellenausschreibungen landesweit ausgewählt werden.

Beispielsweise haben im April d.J. 20 große und mittelgroße Staatsbetriebe in der Stadt Dalian damit begonnen, die stellvertretenden Generaldirektoren, die Assistenten des Generaldirektors sowie die Abteilungsleiter für Finanzen, Außenhandel und Technologie vom Arbeitsmarkt auszuwählen. (XNA, 6.5.99) Obwohl auch in Dalian im Zuge der Umstrukturierung der Staatsunternehmen viele Arbeitskräfte entlassen wurden, konnten vor allem durch den Zustrom von ausländischen Investoren neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Innerhalb der letzten fünf Jahre soll sich die Anzahl der freigesetzten und wieder neu beschäftigten Arbeitskräfte auf rd. 200.000 belaufen haben.

Weiterhin wurde im Juli 1998 ein System der sozialen Absicherung entlassener Arbeitskräfte eingeführt, das den Arbeitslosen einen Mindestlebensstandard garantiert. Seit April letzten Jahres erhalten ehemals Arbeitslose, die eine neue Beschäftigung zu einem deutlich geringeren Gehalt angenommen haben, eine Subvention von der Stadtregierung. Damit wird ihr Monatseinkommen auf ein Niveau von 400 bis 640 Yuan angehoben. Alle 518 Unternehmen der Stadt Dalian haben außerdem ihre eigenen Zentren für die Wiederbeschäftigung freigesetzter Arbeitskräfte aufgebaut. Die Arbeitsämter in Dalian bieten zusätzlich die Möglichkeit an, Informationen über Stellen und Arbeitssuchende per Computer zu erfassen und diese Informationen öffentlich bereitzustellen. Zu den Dienstleistungen der Arbeitsämter gehören ebenfalls Kurse zur Fort- und Weiterbildung sowie Hilfe bei der Erstellung von Bewerbungen und die Übernahme von Versicherungskosten für Arbeitslose. (XNA, 25.5.99) -schü-

SVR Hongkong

22 Verfassungskrise: Ständiger Ausschuß des NVK wird um Auslegung des Basic Law gebeten

Im Streit um das Urteil des Hongkonger Obersten Berufungsgerichts (Court of Final Appeal) zum Aufenthaltsrecht von Bürgern der VR China in Hongkong (siehe C.a. 1999/2, S.127; 1999/3, S.242; 1999/4, S.343) ist am 19. Mai ein Schritt vollzogen worden, der eine weitere Zuspitzung der Verfassungskrise mit sich bringt: Die Hongkonger Regierung hat mit Zustimmung des Legislativrates und gegen verbreitete Bedenken unter Hongkonger Juristen den Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses (NVK) in Beijing um eine Auslegung der umstrittenen Artikel 22 (4) und 24 (3) des *Basic Law* gebeten. Das Gesuch wurde an den Staatsrat (Zentralregierung) in Beijing mit der Bitte um Weiterleitung an den Ständigen Ausschuß des NVK übersandt. (SCMP, 18.-20.5.1999; AWSJ, 28.-29.5.1999; IHT, 19.5.1999)

Das Auslegungsverfahren ist in Artikel 158 des *Basic Law* vorgesehen, wegen der unübersehbaren Auswirkungen auf die Autonomie der Hongkonger Rechtsprechung aber höchst umstritten. Beim Ständigen Ausschuß des NVK handelt es sich nicht um ein Organ der Rechtsprechung, sondern um ein politisches Organ, das Vorgaben der chinesischen Parteiführung unterworfen ist. Insofern sehen viele Juristen und demokratisch gewählte Mitglieder der Hongkonger Legislative das Auslegungsverfahren als Wegbereiter für - so formulierte es Oppositionsführer Martin Lee - den „Tod der Herrschaft des Rechts“ in Hongkong. Mit politischen Mitteln versuche die Regierung, das Urteil eines unabhängigen Gerichts auszuhebeln. Eine solche Regierung verliere jede politische Glaubwürdigkeit, da zu erwarten stehe, daß künftig jedes für die Exekutive unbequeme Urteil des Obersten Berufungsgerichtes durch den Gang zum Ständigen Ausschuß des NVK außer Kraft gesetzt werden könne.

Die Regierung Tung Chee-hwa hingegen begründete ihren Schritt mit den untragbaren Kosten, die eine Massenzuwanderung von möglicherweise bis zu 1,675 Mio. Angehörigen aus der VR China für Hongkong nach sich zöge. Eine Destabilisierung Hongkongs könne nicht im Sinne des *Basic Law* sein. Eine Präzisierung des Grundgesetzes durch eine vom NVK-Plenum zu beschließende Änderung sei vor März 2000 aber nicht möglich. Deshalb sei die Anrufung des Ständigen Ausschusses des NVK der einfachste und schnellste Weg, um den Inhalt der Grundgesetzbestimmungen zu klären.

In Umfragen zeigte sich, daß bis zu 80% der Hongkonger die Auffassung der Regierung stützen, die Zuwanderung strikt zu begrenzen, auch wenn dies zu einer Aufhebung des durch den Court of Final Appeal gefällten Urteils führe. Die Hongkonger Regierung sieht die breite Unterstützung in der Bevölkerung als Bestätigung für ihre Entscheidung zur Einleitung des Auslegungsverfahrens.

Vertreter der Beijinger Zentralregierung hatten in den vergangenen Wochen mehrfach deutlich gemacht, daß Hongkonger Gerichte in Fragen, die zum Kernbestand staatlicher Souveränität zählen wie etwa Fragen des Aufenthalts- und Einbürgerungsrechts, keine der Zentralregierung übergeordnete Kompetenz genießen. Hongkong sei schließlich kein souveräner Staat, sondern ein Teil Chinas, und diese Tatsache werde von Kritikern des Auslegungsverfahrens nicht in ihrer ganzen Konsequenz anerkannt. -hei-

23 Politische Stimmungslage: Unzufriedenheit kombiniert mit Passivität

Einer Umfrage zufolge, die im Auftrag der chinakritischen *Ping Kuo Jih Pao* (*Pingguo Ribao*, 3.5.1999) im Frühjahr durchgeführt wurde, hat sich die Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der politischen Lage und der Arbeit der Hongkonger Regierung jüngst deutlich auf mehr als 40% erhöht. Ursache für diese Entwicklung war unter anderem die Weigerung der Hongkonger Behörden, chinesischen Exiloppositionellen die Einreise in die Son-

derverwaltungsregion zu genehmigen. 56% der Befragten waren mit der restriktiven Politik gegenüber den Dissidenten nicht einverstanden, nur 2,6% unterstützten diese Politik.

Zugleich bekundeten aber nur weniger als zehn Prozent der Befragten ihre Absicht, an Gedenk- und Protestveranstaltungen zum 10. Jahrestag des Militäreinsatzes auf dem Beijinger Tiananmen-Platz am 4. Juni teilzunehmen. 70% sagten, daß sie definitiv nicht an solchen Veranstaltungen teilnehmen würden. -hei-

24 Manipulationen von Dorfwahlen durch kriminelle Organisationen

Im Zusammenhang mit dörflichen Wahlen im Bezirk Yuen Long hat die Polizei 45 Personen wegen gewaltsamer Einschüchterung von Wählern und Kandidaten festgenommen. Den Verdächtigen wird Zugehörigkeit zu organisierten kriminellen Gruppen vorgeworfen, die eine Manipulation des Wahlverlaufs beabsichtigten.

Im Frühjahr waren Dorfwahlen bereits zum Gegenstand von Ermittlungen der Unabhängigen Anti-Korruptionskommission geworden. 27 Personen sind im Mai wegen des Verdachts auf Stimmenkauf (aktive Bestechung zum Zwecke der Wahlmanipulation) bzw. Bestechlichkeit im Amt verhaftet worden. (SCMP, 1.6.1999) -hei-

25 Gesundheitsreform

Hongkong ist dabei, sein Gesundheitssystem von Grund auf zu reformieren. Die Notwendigkeit für eine grundlegende Reform erklärt sich wie überall aus den steigenden Kosten für die medizinische Versorgung, die unter Beibehaltung des gegenwärtigen Systems nicht mehr tragbar wären. Bislang gibt es in Hongkong keine gesetzliche Krankenversicherung; allerdings garantiert der Staat Bedürftigen eine minimale Gesundheitsversorgung zu niedrigen Preisen oder umsonst. Die Regierung wendet für das Gesundheitswesen jährlich 30 Mrd. HKD auf. Angesichts der schnellen Entwicklung der Medizintechnik und der Zunahme teurer Behandlungsmethoden schätzt